

Protokolleintrag vom 28.11.2007

2007/632

Schriftliche Anfrage von Thomas Marthaler (SP) vom 28.11.2007: Sozialhilfe, Amtshilfe durch Betreibungsämter

Von Thomas Marthaler (SP) ist am 28.11.2007 folgende *Dringliche Schriftliche Anfrage* eingereicht worden:

Mit Schreiben vom 14. November 2007 teilte der Datenschutzbeauftragten der Stadt Zürich der Konferenz der Stadtammänner von Zürich mit, dass Betreibungsämter nach geltendem Recht nicht berechtigt sind den Sozialen Diensten unaufgefordert Angaben über zweckentfremdete Leistungen der Sozialhilfe zu machen. Auch unter dem Institut der Amtshilfe seien, ohne entsprechende Rechtsgrundlage, solche Informationen nicht zulässig. Im Rahmen der aktuellen Diskussion über Massnahmen zur Missbrauchsbekämpfung in der Sozialhilfe prüfe das Sozialdepartement mit seiner Fachstelle entsprechende Informationsbedürfnisse. Bis zum Vorliegen einer gültigen Regelung könne auf unaufgeforderte Meldungen der Betreibungsämter verzichtet werden. Ich bitte den Stadtrat im Kontext um die Beantwortung folgender Fragen:

1. Wie beurteilt der Stadtrat die vorliegende Situation?
2. Wie könnten Betreibungsämter zweckwidrige Verwendung von Sozialhilfe, ohne Verletzung des Datenschutzrechtes, unaufgefordert den Sozialen Diensten melden?
3. Erachtet der Stadtrat die Schaffung einer gesetzlichen Grundlage für notwendig? Falls nein, warum nicht?
4. Wann wird der Stadtrat dem Gemeinderat eine solche Vorlage unterbreiten?
5. Falls eine kantonale oder gar eidgenössische Regelung notwendig wäre, wie und bei welchen Behörden wird sich der Stadtrat dafür einsetzen?
6. Wie hoch war der Gesamtbetrag der Verlustscheine der Krankenversicherungsprämien, die von den Kassen bei den städtischen Gesundheitsdiensten der Stadt Zürich in den Jahren 2003, 2004, 2005, 2006 und 2007 (bis Ende November) eingeforderten wurden?
7. Wie hoch war der Verlustscheinbetrag von Personen, deren Krankenkassenprämie im Budget der Sozialen Dienste berücksichtigt wurde, in den Jahren 2003, 2004, 2005, 2006, und 2007 (bis Ende November)?
8. In wie vielen Fällen musste das Sozialdepartement Mietzinse zweimal zahlen? Wie hoch war der Betrag von „doppelt“ bezahlten Mietzinse in den Jahren 2003, 2004, 2005, 2006 und 2007 (bis Ende November)?

Mitteilung an den Stadtrat